Der Wirrwarr in Albanien.

Am Montagabend ist von der Untersuchungskommission in Sachen Muricchio und Chinigo ein Protokoll aufgenommen worden, das die Nachprüfung der bei dem Obersten Muricchio beschlagnahmten Papiere betrifft. In dem Protokoll heißt es: Bei der Nachprüfung der beschlagnahmten Papiere sind die vier albanischen Mitglieder der Kommission zu dem Ergebnis gekommen, daß der Inhalt eines Briefes für Herrn Muricchio kompromittierend ist, weil er innere Beziehungen zu der den Obersten betreffenden Anklage aufweist. Die drei italienischen Mitglieder der Kommission kamen dagegen zu dem Ergebnis, daß die nachgeprüften Briefe und Dokumente weder im allgemeinen noch in bezug auf die Anklage, deren Gegenstand der Oberst ist, irgend etwas Kompromittierendes enthalten.

Gegen einen Mohammedaner!

Wie die Wiener N. Fr. Pr. von besonderer Seite aus Belgrad erfährt, geht dort das Gerücht, daß die griechische und die serbische Regierung den Großmächten mitgeteilt haben, daß sie unter keinen Umständen zulassen würden, wenn ein mohammedanischer Prinz den albanischen Thron bestiege.

Am Ende der Weisheit angelangt.

In Durazzo weiß man nicht mehr ein noch aus. In politischen Kreisen in Wien verlautet nach der Köln. Ztg., daß der internationale Aufsichtsausschuß in Albanien seine Aufgaben als vollkommen gescheitert ansehe und daß der Fürst die Entscheidung den Waffen überlassen werde. Der Fürst von Albanien hat jetzt den holländischen Obersten Thomson mit dem Kommando über die albanische Miliz beauftragt. Die Mobilisierung ist befohlen worden. Man beabsichtigt zunächst nicht, die Aufständischen anzugreifen. — Die albanische Regierung hat das Abkommen mit den Epiroten gebilligt, damit die 1000 Gendarmen im Epirus frei werden. Die Epiroten erklären jetzt aber, daß sie nicht in den erschütterten albanischen Staat eintreten, sondern selbständig bleiben werden. Der albanische Ministerrat verlangt von der Kontrollkommission einen neuen Vorschuß von zwei Millionen Mark. Die Kommission dürfte jedoch diese Forderung ablehnen, da mit den bisherigen vier Millionen Mark absolut nichts geschaffen worden sei. Die Staatskasse ist völlig erschöpft. Die Gendarmen haben seit mehreren Tagen ihren Lohn nicht mehr erhalten, sodaß die holländischen Offiziere aus eigener Tasche das Geld vorstrecken mußten, um die Leute unter den Waffen zu halten.

Kaiser Wilhelms Rat an den Fürsten von Albanien.

Der Hofmarschall des Fürsten Wilhelm von Albanien, von Trotha, der kürzlich in Berlin weilte, wurde vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Er hat im Auftrage seines Landesherrn um militärische Unterstützung gebeten. Der Nationalzeitung zufolge soll das Ergebnis der Unterredung gewesen sein, daß der Kaiser das baldige Erscheinen eines deutschen Kreuzers vor Durazzo zugesagt und dem Fürsten Wilhelm den Rat erteilt hat, nunmehr auf seinem Platze weiter auszuharren, komme was da wolle!

Die rumänische Königin beglückwünscht die Fürstin von Albanien.

Die Wiener Neue Freie Presse berichtet über einen Depeschenwechsel zwischen der Königin von Rumänien und der Fürstin von Albanien. Die Königin Elisabeth beglückwünschte ihre Nichte zu ihrem in kritischer Zeit bewiesenen Mut und zu ihrem Ausharren an der Seite ihres fürstlichen Gemahls.

Politische Tagesschau.

Aue, 10. Juni.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

* Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung nach der Pfingstpause mit dem Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Hilfsrichtern am Oberverwaltungsgericht, das in zweiter Lesung zur Sprache kam. Die Konservativen wollten den Entwurf in der Fassung der Regierung wieder festlegen. Abg. Bodelberg (kons.) begründete einen dahingehenden Antrag. Die anderen Parteien, von den Nationalliberalen insbesondere Abg. Just, waren dagegen und traten für die Fassung der Kommission ein, welche die Beschäftigung der Hilfsrichter am höchsten Verwaltungsgerichtshof nur bis zum 1. April 1916 zulassen will. Auch die anderen Abänderungsanträge der Rechtsparteien wurden zugunsten der Kommissionsbeschlüsse abgelehnt. Eine Resolution, die die Ueberbürdung des Oberverwaltungsgerichts beseitigt und den Etat dieses Gerichtshofes vom Etat des Ministeriums des Innern getrennt wissen will, fand Annahme. Die dritte Lesung des Entwurfes wurde ohne Debatte erledigt. Dann kam der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur Reichswertzuwachssteuer zur Beratung. Der Nationalliberale Menzel-Dirschau legte dar, daß die Regierungsvorlage bezwecke, die gegen eine Zuwachssteuer auftretenden Gemeinden zur Beibehaltung einer solchen zu zwingen. Abg. Dr. Bredt (frk.) trug ebenfalls Bedenken gegen den Entwurf vor. Nach längerer Aussprache wurde der Entwurf an die Gemeindekommission verwiesen.

Die Sozialdemokraten und das Kaiserhoch.

* Die Taktlosigkeit der Sozialdemokraten, ihre antimonarchische Gesinnung mit dem Sitzenbleiben beim Kaiserhoch zu bezeugen, hat in der Partei selbst Widerspruch gefunden. Heine und Edmund Fischer sprachen sich entschieden dagegen aus und plauderten allerlei Intimitäten aus der Fraktionssitzung aus, in der jener Beschluß gefaßt wurde. So erfuhren wir, daß nur eine geringe Mehrheit für das Sitzenbleiben war, die anderen wollten nach altem Brauch den Saal verlassen, sobald dem Reichsoberhaupt gehuldigt würde. In der Solinger Arbeiterstimme bestätigt nun der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann mit Zahlen diese Angaben Heines und Fischers. Von Dittmar erfahren wir, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits am 4. Februar 1914 beschlossen hätte, ihre republikanische Ueberzeugungstreue nicht mehr durch das Hinauslaufen, sondern durch das Sitzenbleiben zu bekunden. 52 hätten für den alten Brauch gestimmt, 47 dagegen für die Demonstration mit dem Sitzenbleiben. Die Fraktion zählte damals 110 Mitglieder, 11 fehlten also. Von diesen 11 hätten aber 6 bis 8 nachher erklärt, sie würden für das Sitzenbleiben gestimmt haben. Wären diese also anwesend gewesen, so wäre am 4. Februar 1914 beschlossen worden, den alten Brauch abzutun. Und so sei schließlich die Partei zu dem Ergebnis gelangt, daß man beim Hoch auf den Monarchen nicht mehr hinausgehen, sondern sitzenbleiben solle.

Die Lösung der französischen Kabinettskrise.

* Nach vielen Fehlschlägen scheint es Poincaré und seinen Leuten endlich zu gelingen, ein Kabinett zusammenzubeichseln, das der Forderung des Tages genügt, durch die Behauptung des Dreijahrsgesetzes eine Fortsetzung der bisherigen auswärtigen Prestige-Politik zu ermöglichen. Das eine hatten die bisherigen Versuche gelehrt, daß es nicht gelingen werde, die Radikalen, den äußersten linken Flügel der bürgerlichen Parteien, zu veranlassen, sich aktiv an einem solchen Werke zu beteiligen. Im Kabinett Ribot, das aller Voraussicht nach nun zustande kommen wird, sollen erhalten: Ribot das Präsidium und die Justiz, Bourgeois das Aeußere, Noulens das Kriegs-, Delcassé das Marineministerium, Clementel die Finanzen, Paul Strauß das Innere und Dessoye den Unterricht. Wenn trotz dieser auf die Republikaner und die Gemäßigten gestützten Zusammensetzung die Aussicht besteht, daß es Ribot gelingen werde, die französische Regierungsbarke durch die parlamentarischen Stürme der nächsten Zeit hindurchzusteuern, ohne sich dem Joch eines Blockes der Linken zu beugen, so liegt das daran, daß unter den Radikalen manche der Neigung zum — Verrat an den den Wählern gegebenen Versprechungen verdächtig sind; die Parteileitung wird ihnen vergeben, weil sie sich dadurch, daß keines ihrer Mitglieder ein Portefeuille übernommen hat, vor ihren Wählern einigermaßen entschuldigen kann. Der Schlüssel „zur Situation" liegt also darin, daß die Radikalen das Unvermeidliche wohl geschehen lassen, aber sich nicht durch eine verantwortliche Beteiligung an der Führung der Geschäfte allzusehr kompromittieren wollen.

Generalstreik in Italien.

* In Italien ist wieder einmal der Generalstreik erklärt worden. Die Generalstreiks kehren ja dort unten im heißen Süden mit ziemlicher Regelmäßigkeit wieder. Der Anlaß ist meist ein recht geringfügiger: eine Maßregelung eines Arbeiterführers, ein Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitern genügt oft, die Erregung in den hellsten Flammen emporlodern zu lassen. Freilich brechen diese Flammen auch rasch wieder zusammen, ohne sichtbare Folgen zu zeigen. Und so wird es vermutlich auch bei diesem neuesten Generalstreik werden. Die Ursache war echt italienisch. Die Republikaner und Anarchisten in Ankona wollten gegen die Strafkompagnien im Heere demonstrieren, gerieten dabei in Hader mit der Polizei und diese mußte schließlich von der Feuerwaffe Gebrauch machen. Es gab Tote und Verwundete, übrigens auch auf Seiten der Polizei. Und flugs wurde der Generalstreik erklärt. Dabei ging es natürlich auch an anderen Orten, so vor allem in Mailand, nicht ohne Krawall ab. Aber lange dauern wird die Geschichte schwerlich. Schon jetzt treten selbst in Mailand, der größten Industriestadt Oberitaliens, die Arbeiter nur sehr allmählich in den Streik ein.

* **Reichsverband deutscher Städte.** Zu der Versammlung am gestrigen Dienstag des Reichsverbandes deutscher Städte unter 25 000 Einwohnern, die in Berlin stattfand, hatten die Ministerien, der Deutsche und der Preußische Städtetag und der Preußische Bürgermeisterverein Vertreter entsandt. Es wurde über das Recht der Gemeinden auf ihre Sparkassenüberschüsse, über die Förderung der Bodenpolitik der Kleinstädte und über den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Stadt in der verschiedensten Weise verhandelt. Als Ort der nächsten Tagung ist Leipzig gewählt worden.

* **Deutsch-österreichischer Botschafterwechsel in Berlin und Wien?** Die Wiener Zeit verzeichnet unter Reserve die Meldung, wonach die Botschafter Graf Szoegyeny in Berlin und v. Tschirschky in Wien demnächst von ihren Posten scheiden und durch andere Diplomaten ersetzt werden sollen. Für Berlin sei wieder ein ungarischer Diplomat ausersehen. Gerüchte, daß dem Grafen Julius Andrassy der Berliner Posten angeboten worden sei, seien wohl nur als Versuchsballon anzusehen.

* **Ein Spionagefall in Königsberg?** Wie ein Telegramm aus Königsberg (Pr.) meldet, wurde dort auf Veranlassung der Militärbehörde ein pensionierter Lehrer wegen Spionageverdachts verhaftet. Man war auf ihn aufmerksam geworden, weil er sich mehrfach auf Fliegerstation und Truppenübungsplatz Devau bei Königsberg umfangreiche Notizen machte und auch für die Beantwortung von Fragen, die sich auf diesen bezogen, größere Summen Geldes in der Mannschaftskantine ausgab.

* **Das Ausland und der Wehrbeitrag.** Gegenüber anderen Nachrichten hält eine Berliner Korrespondenz es für wahrscheinlich, daß die schweizerische Regierung demnächst doch an die deutsche mit der Beschwerde herantreten werde, daß die schweizerischen Gesellschaften bei der Erhebung des Wehrbeitrages gegenüber den deutschen Aktien- und Kommanditgesellschaften benachteiligt würden, und schreibt dazu: Da der Staatssekretär und der Unterstaatssekretär des Reichsschatzamtes soeben einen längeren Urlaub angetreten haben, wird die Beschwerde nicht bald beantwortet werden können, auf einen Erfolg wird sie überhaupt schwerlich zu rechnen haben.

* **Regierungs-Stellvertretung in Mecklenburg.** In einem Erlaß beauftragte der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz den Erbgroßherzog mit seiner Stellvertretung in den laufenden Regierungsgeschäften. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut: Adolph Friedrich von Gottes Gnaden Großherzog von Mecklenburg usw. In Anbetracht Unserer Krankheit, welche Uns vorübergehend an der Ausübung der Regierungstätigkeit hindert, beauftragen Wir Unsern Sohn, Seine Königliche Hoheit den Erbgroßherzog, bis auf weiteres mit Unserer Vertretung in den laufenden Regierungsgeschäften. Gegeben Berlin, 7. Juni 1914.

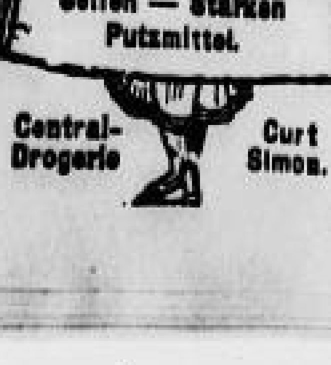
* **Ein Riesenprozeß über Soldatenmißhandlungen?** Der Vossischen Zeitung zufolge scheinen die Sozialdemokraten einen Riesenprozeß über Soldatenmißhandlungen vorzubereiten. An alle ehemaligen Soldaten, deren Mißhandlung der Gegenstand einer militärgerichtlichen Verhandlung gewesen ist, ergeht durch die sozialdemokratische Presse die Aufforderung, ihre Adresse mitzuteilen.

Eine sagt's der Andern

Veilchenseifenpulver
Goldperle
mit dem Schornsteinfeger enthält die schönsten Beilagen!
Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner in Göppingen.

Hohl- und Nachschleifen von
Rasiermessern
sowie Schleifen von
Scheeren
Messern aller Art
bekommen Sie täglich sofort ausgeführt bei
Walter Nestmann
Schleifermeister
Bahnhofstrasse 40.

„Seit Jahren war ich müde und matt, hatte häufig wahnsinnige Kopfschmerzen und jede Lust zum Arbeiten und zum Leben verloren. Der Arzt sagte, es sei ein veraltetes
Nieren- und Blasenleiden,
daneben Darmträgheit infolge sitzender Lebensweise. Auf ärztl. Rat trank ich **Altbuchhorster Mark-Sprudel Starkquelle** (Jod-Eisen-Mangan-Kochsalzquelle). Schon nach einigen Flaschen fühlte ich mich als ganz anderer Mensch. Die Urinabsonderung wurde lebhaft und schmerzlos und blieb es seitdem. Ich trinke den Marksprudel jetzt täglich, habe mich nie so wohl u. gesund gefühlt wie heute. H. B." Aerztl. warm empf. Fl. 65 u. 95 Pf. bei Curt Simon, Drogerie, in der Adler-Apotheke, G. E. Kunze's Apotheke und bei Erler & Co. Nachf., Drogerie.



Central-Drogerie Curt Simon.

Tüchtiger, durchaus selbständig arbeitender
Werkzeug-schlosser
für Schnitte und Stanzen gesucht. Bei geeigneter Befähigung kann derselbe Vorarbeiter werden. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen unter T. V. 015 an Invalidendank Dresden erb.

Geradehalter,
künstliche Glieder, orthopäd. Apparate, Schienen aller Art fertigt an unt. Garantie
Bandagist W. Tielemann, Aue, am Stadthaus.

Landwirtssöhne und andere junge Leute ... [illegible]

Darlehn (über 1500000 Mark ausgeliehen) erhalten solv. Personen gegen Schuldschein, Wechsel (auch ohne Bürgen) schnell und diskret, Hypoth. und Betriebskapit. durch E. Seifert, Zwickau, Dortenweg 15, I. Rückporto beifügen. Sprechz. 9–4, Sonntags 11–2 Uhr

Die Homöopathische Abteilung
von
Kuntze's Apotheke
bringt ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung.

Orthopädische Heilanstalt
Sanitätsrat Dr. Gaugele, Zwickau i. Sa.
Zandersaal, Badeanstalt, Elektro-Therapie (Diathermie, Entfettungsanstalt), Bandagen- u. Schuhmacherwerkstätt.